

Durchbruch im politischen Machtpoker?

Parteien beschließen die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit

Thomas Döhne

Die nepalische Politik, für viele ein trübes Gewässer aus chaotischem Machtgerangel und Klientelismus, birgt auch für Insider mitunter handfeste Überraschungen und unerwartete Wendungen. Nach vielen Monaten der politischen Stagnation und kleinlichen Parteiengzänks soll nun alles ganz schnell gehen. Ende November haben sich die großen Parteien in einem 6-Punkte Abkommen darauf verständigt, „umgehend“ eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Kurz zuvor war das Mandat der Verfassungsgebenden Versammlung (CA) per Parlamentsentscheid um weitere sechs Monate verlängert worden. Die Bildung einer nationalen Konsens-Regierung soll die anhaltende Stagnation beenden und endlich den erhofften Durchbruch beim Abschluss des Friedensprozesses und der Erarbeitung einer neuen Verfassung bringen. Aus Nepal berichtet Thomas Döhne.

Am 21. November 2011 war der fünfte Jahrestag der Unterzeichnung des „Umfassenden Friedensvertrags“, des „*Comprehensive Peace Accord*“ (CPA), mit dem 2006 der zehn Jahre andauernde bewaffnete Konflikt der Maoisten mit dem Staat endete. Dieses historisch wichtige Datum fand jedoch in Nepal kaum Beachtung. Die Menschen sahen wenig Grund, diesen Anlass zu feiern. Es hatte zwar in den letzten Wochen beachtliche Fortschritte im Friedensprozess gegeben: So hatten sich am 1. November die großen, im erweiterten Parlament vertretenen Parteien auf einen Fahrplan zur Integration der ehemaligen maoistischen Kämpfer und Kämpferinnen verständigt. Dafür war ein Spezialkomitee zur Supervision, Integration und Rehabilitation der Ex-Kombattanten etabliert worden, das inzwischen erste Ergebnisse seiner Arbeit vorgelegt hat. Doch der große Durchbruch beim Friedensprozess ließ weiter auf sich warten. Nun sollen – so wurde es in dem 6-Punkte Abkommen vereinbart – sämtliche im Friedensprozess anstehenden Aufgaben bis Mitte Dezember 2011 erledigt werden. Außerdem soll „ohne weitere Verzögerungen“ eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden, möglicherweise unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Baburam Bhattarai. Dabei soll die jetzige Koalitionsregierung nicht einfach erweitert werden. Das Verfahren, so wie es von den Spitzen-

politikern der großen Parteien skizziert wird, sieht den vorübergehenden Rücktritt Bhattarais und die Auflösung der jetzigen Regierung vor. Danach soll aus der Mitte der CA, in der alle politischen Parteien vertreten sind, eine neue Regierung gebildet werden, in der auch die jetzigen Oppositionsparteien vertreten sind.

„Realpolitik“ eines Postkonflikt-Landes

Wenn man sich die Geschehnisse der letzten Jahre in der politischen Arena anschaut, ist es hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, dass es sich nicht um Scheingefechte handelt, die man belächeln kann, sondern um handfeste „realpolitische“ Auseinandersetzungen in einem Postkonflikt-Land, in dem Politik sehr personalisiert wird, zwischen vielen Akteuren großes Misstrauen herrscht und die Rechtsstaatlichkeit in hohem Maß erodiert ist. In einem solchen Umfeld sind bestehende Allianzen, Seilschaften und Netzwerke für das eigene politische und manchmal physische Überleben unerlässlich.

Hoffnungsvollem Start folgt Ernüchterung

Auch der erst am 28. August 2011 vom Parlament gewählte und mit viel Voranschusslorbeeren bedachte maoistische Ministerpräsident Bhattarai unterliegt sol-

chen Zwängen. Er hat sich schon nach vier Monaten Amtszeit durch mehrere kontroverse politische Entscheidungen zur Zielscheibe heftiger Kritik gemacht. Bhattarai war mit dem Versprechen angetreten, neue Maßstäbe für gute Regierungsführung zu setzen. Er hatte den verschwenderischen Umgang seiner Vorgänger mit knappen Staatsressourcen geißelt und angekündigt, seine Regierung werde einen strengen Sparkurs fahren sowie Vetternwirtschaft und Korruption beenden. Er bestellte für sich medienwirksam einen schlichten, in Nepal montierten indischen Mustang Jeep als Dienstwagen, flog mit *Economy Class Ticket* zur Vollversammlung der Vereinten Nationen nach New York und ließ das Bürgertelefon Hello Sarkar (Hallo Staat) einrichten, eine gebührenfreie Hotline, mit der sich Bürger mit ihren Anliegen und Beschwerden direkt an die Behörden wenden können.

Dieser Versuch, einen neuen Politikstil einzuführen und die demonstrative Bescheidenheit drohte ihm bald darauf heftig auf die Füße zu fallen. Mit Bestürzung und Häme wurde in sämtlichen Medien darüber berichtet, dass Bhattarai nach mehrfachen Erweiterungen mit 49 Ministern und Staatsministern das größte (und teuerste) Kabinett in der jüngeren Geschichte des Landes gebildet hat. Bhattarai hat zudem einen 44-köp-

figen Beraterstab um sich geschart, mehr als alle Amtsvorgänger zuvor. Er begründete die administrative Aufblähung mit für die Regierungsbildung erforderlichen Zugeständnissen an den Koalitionspartner, ein Zweckbündnis verschiedener regionaler Madesh-Parteien aus dem Tiefland Terai. Im Interview bekannte Bhattarai offenherzig, dass er bis heute selbst nicht alle Namen seiner Kabinettsmitglieder und Berater kennt.

Mit am Kabinettsstisch sitzen verdächtige Straftäter

Ähnlich imageschädigend für den Ministerpräsidenten wie die Bildung des Jumbokabinetts war seine Entscheidung, mehrere mordverdächtige Parteigenossen, die zu seinen loyalen Unterstützern innerhalb der UCPN-M zählen, ins Kabinett aufzunehmen. Er stellte sich auch noch schützend hinter sie, als der öffentliche Druck und die Forderung nach deren Rücktritt immer lauter wurden. Bhattarais Verhalten zeigt, wie wackelig seine Machtbasis innerhalb der Koalition und der eigenen Partei tatsächlich ist. Er muss ständig darauf achten, dass er in der in drei Flügel gespaltenen UCPN-M den notwendigen Rückhalt nicht verliert.

Der Druck der Koalitionspartner führte zur Bildung eines aufgeblähten Kabinetts und Parteiloyalität führte zum Schutz des eigenen Klientels vor strafrechtlicher Verfolgung. Denn im Koalitionsabkommen, auf dessen Grundlage Bhattarai seine Regierung bildete, gibt es eine Übereinkunft der Koalitionspartner, zahlreiche schwere Menschenrechtsverbrechen, die während des Konflikts begangen wurden, zu amnestieren. Dieses fragwürdige Abkommen wird von Menschenrechtsorganisationen zu Recht kritisiert, denn es kommt einer staatlich verordneten Straflosigkeit gleich und hat nachteilige Folgen für die im Friedensvertrag von 2006 vorgesehene Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission sowie einer Kommission, die das Schicksal der ca. 1500 Verschwundenen aufklären soll. Deren Aufgabe soll es sein, die traumatischen Geschehnisse der jüngeren Vergangenheit aufzuarbeiten.

Zuletzt wollte Bhattarai die Amnestierung seines 1998 vom Distriktsgericht in Okhaldhunga (Ostnepal) wegen Mordes zu 20 Jahren Gefängnis verurteilten Parteigenossen Balkrishna Dhungel in die Wege leiten. Als das Oberste Gericht kürzlich den Straferlass durch eine einstweilige Verfügung außer Kraft setzte, führte der Ministerpräsident einen Kabinettsbeschluss für ein Gnadengesuch an Staatspräsident Ram Baran Yadav herbei. Am 23. November erklärte das Oberste Gericht in seiner letztinstanzlichen Entscheidung, das von der Regierung eingeleitete Gnadengesuch für unrechtmäßig und bestätigte damit erneut das vom Distriktsgericht Okhaldhunga verhängte Urteil. Dhungel, der bis zu diesem Tag noch als gewählter Abgeordneter an den Parliamentsitzungen teilnimmt, muss nun damit rechnen, verhaftet zu werden.

Aufarbeitung des begangenen Unrechts überfällig

Ähnlich umstritten war die Entscheidung Bhattarais, zwei weitere mordverdächtige Parteigenossen aus seinem direkten Unterstützerkreis innerhalb der UCPN-M als Minister in sein Kabinett zu berufen. Prabhu Shah war bis Mitte Oktober Minister für Landreform und Management. Er soll als Drahtzieher maßgeblich an der Ermordung des Leiters des Dachverbands der Hindujugend Hindu Yuwa Sangh, an Kashinath Tiwari am 25. Juni 2010 in Birgunj beteiligt gewesen sein. Als der zuständige Distriktpolizeichef genügend Beweise für eine Verwicklung Shaha in diesen Mordfall gesammelt hatte und Haftbefehl gegen ihn beantragte, nahm der politische Druck auf Shah derart zu, dass sich die UCPN-M veranlasst sah, ihn von seinem Kabinettsposten zurückzuziehen. Shah reichte am 16. Oktober 2011 seinen Rücktritt ein. Ob es tatsächlich zu einem Strafverfahren gegen ihn kommt, ist derzeit noch unklar.

Der zweite ist Suryaman Dong, ehemals Parteisekretär der Maoisten in Kavre Distrikt und heute Staatsminister in Bhattarais Kabinett. Er soll mitverantwortlich für die Ermordung von Arjun Bahadur Lama sein. Lama, Vor-

sitzender des örtlichen Schulkomitees, war am 29. April 2005 von einem Maoistenkommando aus der Sri Krishna Secondary School in Chhatrebas VDC, Kavre Distrikt verschleppt und später ermordet worden. Menschenrechtsanwälte kritisieren die Ernennung beider Minister, weil sie im krassen Widerspruch zur Ankündigung von Ministerpräsident Bhattarai stehen, die vorherrschende Straflosigkeit zu beenden und die im Friedensvertrag von 2006 festgehaltenen Vereinbarungen endlich umzusetzen. Sie befürchten, dass die von höchster Stelle verordnete Straflosigkeit Maßstäbe für die weitere Klärung und Aufarbeitung Tausender während des bewaffneten Konflikts und danach begangenen Menschenrechtsverletzungen setzt. Dies betrifft nicht allein das von den Maoisten begangene Unrecht, sondern die zahlreichen von Sicherheitskräften, Armee, Polizei und Paramilitär im Rahmen der Aufstandsbekämpfung begangenen Verbrechen wie Verschleppung, Vergewaltigung, Folter und außergerichtliche Tötung von Zivilist/innen oder bereits inhaftierten Maoisten.

Ausblick

Ob und in welcher Gestalt sich die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit tatsächlich realisiert, wird die nahe Zukunft zeigen. Ob sie endlich den erhofften Durchbruch bringen wird, beim Friedensprozess und der Erarbeitung der neuen Verfassung, bleibt abzuwarten. Nepal befindet sich seit dem Friedensabkommen von 2006 in einer Übergangsphase, die von erodierter Rechtsstaatlichkeit, Korruption, (parti-) politischem Kleinklein und ökonomischer Stagnation geprägt ist. Vielleicht kann eine Regierung der nationalen Einheit die notwendige Transformation auf den Weg bringen. Den Menschen hier, die sich ein Leben in Frieden und Wohlstand wünschen, wäre es zu wünschen.

Zum Autor

Thomas Döhne, Nepal-Experte, lange Zeit Mitglied im Vorstand des Südasienbüros, arbeitet z.Z. als Berater bei einer regierungsnahen Trainingseinrichtung in Kathmandu